

# G-17

<b>Titel</b>	Initiativantrag: Frauen mit wenig Geld den kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln gewährleisten
<b>AntragstellerInnen</b>	SB Stadt
<b>Zur Weiterleitung an</b>	

---

## Initiativantrag: Frauen mit wenig Geld den kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln gewährleisten

- 1 Das Bundesweite Modellprojekt BIKO (Beratung, Information, Kostenübernahme bei Verhütung) hat mit sei-  
 2 nen 7 Standorten über drei Jahre lang (2016-2019) – mit Saarbrücken lag einer der Standorte im Saarland –  
 3 , nochmal bestätigt, worüber schon lange diskutiert wird: Menschen mit wenig Geld entscheiden sich öfter  
 4 für unsichere, kostengünstige Verhütungsmittel oder verzichten ganz darauf. Ungewollte Schwangerschaften  
 5 können die Folge sein.
- 6 Selbstbestimmte Familienplanung wird vielen Menschen somit erheblich erschwert. Das Recht selbst über  
 7 den Zeitpunkt einer Schwangerschaft zu entscheiden oder die Entscheidung kinderlos zu leben, ist jedoch  
 8 ein Menschenrecht. Das hat die internationale UN-Konferenz in Kairo 1994 festgelegt. Und auch die CEDAW-  
 9 Konvention (Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau) führt uns das immer  
 10 wieder vor Augen. Der Staat muss daher die notwendigen Mittel bereitstellen, um Menschen das Recht zur  
 11 freien und verantwortungsbewussten Familienplanung zu ermöglichen. Die 16,11€ die für alle momentan im  
 12 Hartz 4-Satz zur Gesundheitspflege vorgesehen sind, reichen hierfür bei weitem nicht aus.
- 13 Die Jusos SAAR unterstützen daher die Forderungen, die der Pro Familia Bundesverband aus den Ergebnissen  
 14 der Evaluierung von BIKO erarbeitet hat:
- 15 – Im Sinne des Rechts auf Familienplanung sollte für Menschen mit wenig Geld eine bundeseinheitliche Lösung  
 16 entwickelt werden.
  - 17 – Der Zugang zur Kostenübernahme sollte Menschen im Transferleistungsbezug und Menschen mit vergleich-  
 18 bar geringem Einkommen zugänglich sein.
  - 19 – Verschreibungspflichtige Verhütungsmittel werden am häufigsten angewendet und sind am kostenintensivsten.  
 20
  - 21 – Das Kostenübernahmeverfahren sollte für die Menschen niedrigschwellig, unbürokratisch und stigmatisierungsfrei sein.  
 22
  - 23 – Die Verhütungsberatung sollte durch eine Institutionalisierung der Zusammenarbeit von Frauenarztpraxen,  
 24 Apotheken und Schwangerschaftsberatungsstellen gemeinsam weiterentwickelt werden.
- 25 Eine bundeseinheitliche Lösung ist momentan jedoch nicht in Sicht. Aufgrund der hohen Nachfrage besteht  
 26 hier jedoch ein dringlicher Handlungsbedarf. Dies ist nötig bis eine solche bundeseinheitliche Lösung und  
 27 damit ein gesicherter Zugang für alle, unabhängig ihrer Postleitzahl, gefunden wird.
- 28 Die Jusos SAAR fordern daher die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Mitglieder im Kabinett auf,  
 29 sich dafür einzusetzen, dass das Land seine Möglichkeiten prüft, wie es gemeinsam mit den Kommunen über-  
 30 gangsweise einen kostenfreien Zugang zu allen Verhütungsmitteln für Menschen mit wenig Einkommen in den  
 31 bestehenden Strukturen ermöglichen kann.